

# Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik

Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der  
Politik der Deutschen Bundesbank

Oktober 1989  
Tristan Abromeit

## Korrespondenz

(übertragen im April 2004)

### Schreiben

- 18. 11. 1989 - von T.A. an den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank
- 11. 12. 1989 - von DBB an T.A.
- 22. 12. 1989 - von T.A. an den Zentralbankrat der DBB
- 24. 12. 1990 - von DBB an T.A.
- 18. 11. 1989 - von T.A. an das Präsidium des Deutschen Bundestages
- 21. 12. 1989 - vom Petitionsausschuß des Dt. BT an T.A.
  - 3. 01. 1990 - von T. A. an das Präsidium des Deutschen Bundestages
- 25. 01. 1990 - vom Petitionsausschuß des Dt. BT an T.A.
- 15. 11. 1989 - von T.A. an das Präsidium des Europäischen Parlamentes
  - 7. 12. 1989 - vom Ausschuß für Wirtschaft ... Europarlament
- 15. 11. 1989 - von T.A. an Prof. Dr. Jarjan Senjur, Ljubljana
- 15. 11. 1989 - von T.A. an Akademie der Wissenschaften, Moskau
- 15. 11. 1989 - von T. A. Nationale Parlament Ungarn
- 15. 11. 1989 - von T. A. an Dr. G. Schneinder, Berlin
- 15. 11. 1989 - von T.A. an Prof. Dr. J. Pietrucha, Katowice
- 15. 11. 1989 - von T.A. an Antikriegsmuseum, DDR Berlin
- 15. 11. 1989 - von T.A. an Freunde
- 25. 03. 1990 – von T.A. an Dr. Wilhelm Nölling

(Aus den Briefen wurden Absender, Anschriften und der jeweilige Inhalt übertragen, keine Telefonnummern, Konten etc.. Es hat einen Reiz, den Vorgang aus heutiger Sicht zu kommentieren. Das will ich an dieser Stelle unterlassen. Schlüsse zu ziehen, ist hier Sache der Leser.) April 2004 T.A.

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

18. November 1989

Einschreiben  
Deutsche Bundesbank  
- Zentralbankrat -  
Postfach 10 06 02  
6000 Frankfurt 1

Schriftsatz vom Oktober 1989  
den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank

Sehr geehrte Herren,  
als Anlage sende ich Ihnen mein an Sie gerichtetes Schreiben:

Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik  
- Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den  
Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank

Ich hoffe, daß dieses Schreiben Ihnen nicht nur lästig ist, sondern auch Befriedigung darüber auslöst, daß an Ihrer wichtigen Tätigkeit aus der Bürgerschaft heraus Anteil genommen wird.

Ganz egal wie Sie reagieren werden; denken Sie daran, daß Sie sich selbst ein Zeugnis ausstellen werden, daß Sie den Menschen in West und Ost Hilfe gewähren oder verweigern. Für mich erhoffe ich, daß sich meine Mühe, die auch das nachdenkliche Fragen macht, im idellen Sinne gelohnt hat.

Mit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

Anlage: Schreiben vom Oktober mit Anlagen

# DEUTSCHE BUNDESBANK

Herrn  
Tristan Ambromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt I

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom 18. Nov. 1989

Unser Zeichen Vo 12

Frankfurt am Main  
11. Dezember 1989:

Sehr geehrter Herr Abromeit!

Herr Präsident Pöhl hat uns Ihr Schreiben an den Zentralbankrat zur Beantwortung übergeben. Wir danken Ihnen für Ihre Anregungen und Fragestellungen, die wir mit Interesse zur Kenntnis genommen haben. Andererseits möchten wir davon absehen, auf Ihre Fragen im einzelnen einzugehen.

Ihr Vorstellungen laufen auf die Einführung eines „freiwirtschaftlichen“ kreditpolitischen Konzepts hinaus, das an uns auch schon der von Ihnen zitierte Professor Suhr früher hergetragen hat. Dieses Konzept steht in einem fundamentalen Gegensatz zu anerkannten geldtheoretischen Vorstellungen und der darauf basierenden Praxis der nationalen und internationalen Notenbankpolitik. Wir glauben auch nicht, daß der von Ihnen vorgeschlagene „Regimewechsel“ die von Ihnen kritisierten stabilitätspolitischen Probleme lösen könnte. Zur Erläuterung unserer Ansichten fügen wir ein Exemplar eines Sonderdrucks über die geldpolitischen Aufgaben und Instrumente der Deutschen Bundesbank bei.

Mit freundlichen Grüßen

DEUTSCHE BUNDESBANK

(zwei Unterschriften)

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

22. Dezember 1989

### Einschreiben

An den  
Zentralbankrat  
der  
Deutschen Bundesbank  
Postfach 10 06 02  
6000 Frankfurt 1

Sehr geehrte Herren,

ich habe Ihnen am 18. November 1989 per Einschreiben mein an den Zentralbankrat gerichtete Ausarbeitung

„Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik Anmerkungen und  
Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der  
Deutschen Bundesbank“

zugesandt.

Mit Schreiben vom 11. Dezember 1989 erhalte ich unter dem Aktenzeichen Vo 12 die  
Mitteilung:

„Herr Präsident Pöhl hat uns Ihr Schreiben an den Zentralbankrat zur Beantwortung übergeben. ... Andererseits möchten wir davon absehen, auf Ihre Fragen im einzelnen einzugehen.“  
Ich muß feststellen:

1. Ich habe nicht den Präsidenten der Bundesbank angeschrieben, sondern bewußt den Zentralbankrat.
2. Ich kann aus der Antwort nicht entnehmen, daß den Mitgliedern des Zentralbankrates - also Ihnen - meine Anfragen in geeigneter Form zur Kenntnis gebracht wurden und wie sie damit umgegangen sind.
3. Daraus folgt, daß mein Schreiben vom Oktober nach wie vor unbeantwortet ist.

Was ich will ist:

1. Aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Tragweite der Fragen eine sachgerechte, rechtlich und demokratisch einwandfreie Stellungnahme des Zentralbankrates, die öffentlich verwertbar ist oder
2. eine Namensliste der Mitglieder Ihres Gremiums mit dem Hinweis, wie Sie postalisch erreichbar sind.

Meine Gründe hierfür:

- a) Im Moment muß ich vermuten, daß Herr Pöhl sein Amt mißbraucht und Sie nicht informiert hat. Sollte diese Vermutung sich bewahrheiten, werde ich Sie direkt und einzel anschreiben.
- b) Da es aber auch sein kann, daß Herr Pöhl sich in Übereinstimmung mit Ihnen bedeckt hält, möchte ich die Verantwortlichen einer solchen Haltung doch namentlich festhalten, damit Sie als Betroffene und Verantwortliche zu einem späteren Zeitpunkt Ihre Hände nicht in Unschuld waschen können.

Ich bitte um eine Rechtsmittelbelehrung, wenn mein Sachanliegen nicht in der einen oder anderen Form nicht entsprochen wird.

Zum Schluß habe ich zwei neue Fragen:

1. Ist in der Geschäftsordnung der Bundesbank eigentlich für den Fall vorgesorgt, daß die Kommunikation zwischen Außenwelt und Zentralbankrat auch dann funktioniert, wenn sich zwischen dem Präsidenten der Bundesbank und dem Zentralbankrat in bestimmten Fragen oder grundsätzlich ein Dissens eingestellt hat?
2. Unser Bundeskanzler Kohl und der Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, haben einen Wechselkurs zwischen DM und DDK-Mark von 1 : 3 vereinbart. Wenn dieses Verhältnis als ein Marktergebnis angestrebt wird, brauchte es nicht vereinbart werden. Wenn das Austauschverhältnis aber im Sinne eines fixierten Kurses (bei Überbewertung der DDR-Mark mit Ankaufzwang von DDR-Mark durch die Bundesbank gemeint ist, dann hat das doch unabwendbare Folgen.

Meine Frage: Hat die Bundesbank die Regierung und die Öffentlichkeit über diese Folgen aufgeklärt? (Ich habe eine solche Erklärung aus den Medien nicht entnommen. Es kann natürlich sein, daß ich sie übersehen oder überhört habe.)

Obwohl mein Bemühen um Klärung wichtiger währungspolitischer Fragen bisher von Ihnen, nicht honoriert wurde, wünsche ich für Ihre Arbeit im neuen Jahr Mut, Schaffenskraft und neue Einsichten.

Mit freundlichen Grüßen

*Abromeit*

DEUTSCHE BUNDESBANK

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt I

Ihre Nachricht vom 22.12.1989    Unser Zeichen Vo I    Frankfurt am Main, 24. Januar 1990

Sehr geehrter Herr Abromeit!

Auf Ihr Schreiben vom 22.12.1989 müssen wir Ihnen leider mitteilen, daß wir trotz Ihres nachdrücklichen Interesses keine Möglichkeit sehen, in eine wissenschaftliche Diskussion über ein „freiwirtschaftliches“ kreditpolitisches Konzept einzutreten, wie es schon früher an uns herangetragen wurde. Ihr Konzept steht in einem unübersehbaren Widerspruch zur geldpolitischen Praxis und zu den international anerkannten geldtheoretischen Lehrmeinungen.

Wie Sie sicher wissen, ist der Zentralbankrat ein geldpolitisches Entscheidungsgremium, kein akademisches Forum; nur die im Bundesbankgesetz genannten Personen nehmen an seinen Erörterungen teil. Sie können aber davon ausgehen, daß Ihre schriftlichen Einlassungen hier - auch vom Direktorium - zur Kenntnis genommen, nach sachkundiger Prüfung freilich nicht weiter verfolgt werden.

Mit freundlichen Grüßen

DEUTSCHE BUNDESBANK

(zwei Unterschriften)

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

18. November 1989

An das Präsidium  
des Deutschen Bundestages  
z. Hd. der Bundestagspräsidentin  
Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth  
Bundeshaus  
5300 Bonn

Schriftsatz „Deutsche Bundesbank“

zur: a) Kenntnisnahme,  
b) Weiterleitung und  
c) Weiterverarbeitung

Sehr geehrte Frau Dr. Süßmuth,  
als Anlage sende ich Ihnen den Schriftsatz:

GLASNOST und PERESTROIKA in der WÄHRUNGSPOLITIK  
Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und  
zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank

Da es mich als Hausmann ohne Einkommen finanziell überfordert, bitte ich Sie für die Bundestagsfachausschüsse, für die Fraktionsgeschäftsführungen und für die Minister für Wirtschaft, Finanzen und Forschung Kopien anfertigen zu lassen.

In dem Schreiben werden wichtige Fragen gestellt z. B. nach der Währung für eine Vereinigung der Deutschen Republiken oder nach Vermögensumverteilung ohne Mitwirkung des Bundestages u. a. Ich denke, meine Fragen werden den Bundestag in die Lage versetzen eigene Fragen zu stellen und die Antworten zu suchen oder suchen zu lassen.

Meine Erfahrungen mit den Bundestag sind allerdings miserabel. Die von mir eingereichte Petition „Prüfung einer alternativen Ökonomie vom Juni 1987“ und mein langes Hintergrundschreiben vom Januar 1988 hätten von der alten Volkskammer der DDR auch nicht

„besser“ abgeschmettert werden können. Der einzige Unterschied ist wohl der, daß mir dort wahrscheinlich der StaSi auf den Hals gehetzt worden wäre, hier aber eine entsprechende Organisation nicht – jedenfalls nicht bemerkbar - tätig wurde.

Ich höre schon die Einwände betreffend der Überforderung der Bundestagsmitglieder. Ich kann durchaus mit Ihnen, Ihren Kolleginnen und Kollegen mitempfinden. Ich muß aber doch erwidern, daß die Mitgliedschaft im Bundestag freiwillig und die Überforderung eine selbstproduzierte ist.

Im übrigen können Sie Ihren Vorgänger im Amt, Herrn Dr. Jenninger, ausrichten, daß meine Kritik am Bundestag und den „staatstragenden“ Parteien auch ihn treffen würde, daß ich es aber für eine demokratisch bedenkliche und menschlich unwürdige Art halte, wie er aus seinem Amt gehobelt wurde.

Wenigstens hat das Amt durch Sie, als Nachfolgerin keine Abwertung, sondern eher eine Aufwertung erfahren.

Mit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

Anlagen: Schriftsatz „Bundesbank“ mit Anlagen

weitere Anlage: Kopie meines Schreibens vom 15. 11. 89 an Prof. Dr. Petrucha, Polen

- zu beachten ist das Thema Wiedergutmachung -

# DEUTSCHER BUNDESTAG

Petitionsausschuß

PetA-11-99-703-13074

(Bitte bei allen Zuschriften angeben)

5300 Bonn 1, 21. Dez. 1989

Bundeshaus

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt I

Betr.: Wirtschaftspolitik  
Bezug: Ihr Schreiben vom 18. November 1989  
Anlg.: 1 geheftet und 1 Heft -

Sehr geehrter Herr Abromeit!

Ihre erneute Zuschrift an die Präsidentin des Deutschen Bundestages wurde ebenfalls dem Petitionsausschuß zur Bearbeitung zugeleitet.

Leider muß ich Ihnen wiederum mitteilen, daß der Deutsche Bundestag und sein Petitionsausschuß nicht in der von Ihnen erwarteten Form tätig werden können. Insoweit verweise ich insbesondere auf das Schreiben des Vorsitzenden des Petitionsausschusses vom 04. Juli 1988.

Abschließend weise ich Ihre unbegründete Andeutung, Sie seien möglicherweise Beobachtungsobjekt „staatlicher Organe“, weil Sie von Ihrem Petitionsrecht Gebrauch gemacht hätten, entschieden zurück. In einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland sind solche staatlichen Maßnahmen vollkommen ausgeschlossen.

Die eingereichten Unterlagen sende ich Ihnen zurück.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

(Massengeil)

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

3(0). Januar 1989 <sup>1</sup>

An den  
Deutschen Bundestag  
-Präsidium-  
Bundeshaus  
5300 Bonn

Beschwerde und Anfrage

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe mit Anschreiben vom 18. November 1989 (siehe Kopie) Ihnen meinen Schriftsatz „Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik ...“ mit der Bitte zugeleitet, für die Fachausschüsse und Fachminister Kopien anzufertigen.

Der Vorgang ist unsinnigerweise im Petitionsausschuß gelandet (siehe Kopie des Schreibens des Petitionsausschusses vom 21. Dezember 1989). Da ich ja inzwischen weiß, daß dieser Ausschuß seine rechtliche Grundlage, den Art. 17 GG, anders liest als ich und schon einmal bewiesen hat, daß er bei der Beurteilung der Informationen, die ich zur Überprüfung (nicht zur blinden Übernahme) dem Bundestag zugeleitet habe, überfordert ist, wäre ich nie auf den Gedanken gekommen, diesen Ausschuß nochmals um irgendetwas zu bitten.

Vielleicht liegt die Schwierigkeit darin, daß ich die Informationen, die der Bundestag auf dem offiziellen Informationsmarkt - wenn er sie dort überhaupt erhalten kann - ein fünfstellige Summe bezahlen müßte, zum Nulltarif angeboten habe. Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß der Bundestag auf einen unheilvollen Weg ist. Oder können sie mir einen Weg beschreiben, wie unabhängige Bürger Informationen, die für den Bundestag entscheidungsrelevant sind, ohne Deformation durch die Parteien und ohne Bombendrohungen im Bundestag zur Kenntnis genommen werden?

Mir scheint die politische Morgensonne des Ostens hat zum erstenmal wärmende Strahlen, während die politische Abendsonne des Westens nicht mehr die aufkommende Abendkühle verhindern kann.

Auch wenn es mir nicht leicht fällt: Ich wünsche Ihnen ein gutes Jahr 1990 und verbleibe mit mehr traurigen als zornigen

Grüßen

*Abromeit*

---

<sup>1</sup> Hier habe ich wohl versehentlich 30. Januar statt 3. Januar geschrieben.

DEUTSCHER BUNDESTAG

Petitionsausschuß

PetA-11-99-703-13074

5300 Bonn 1,  
Bundeshaus 25. 1. 90

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt I

Betr.: Wirtschaftspolitik

Bezug: Ihr Schreiben vom 3. Januar 1989

Sehr geehrter Herr Abromeit!

Auch das o.a. Schreiben wurde hierher zur Beantwortung abgegeben, weil alle Zuschriften an den Deutschen Bundestag, die eine Bitte oder Beschwerde enthalten, durch den Petitionsausschuß bearbeitet werden.

Dies hat Ihnen der Vorsitzende des Petitionsausschusses in seinem Schreiben vom 4. Juli 1988 bereits mitgeteilt.

Ich kann es nur noch einmal wiederholen: Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages kann nicht in Ihrem Sinne tätig werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Massengeil)

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

15. November 1989

An das Präsidium  
des  
Europäischen Parlamentes

S t r a ß b u r g  
Frankreich

Vorgang: Schriftsatz Deutsche Bundesbank

- zur: a) Kenntnisnahme,  
b) Weiterleitung und  
c) Weiterverarbeitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Idee „Vereinigtes Europa“ wird scheitern, wenn nicht neben anderen wichtigen Fragen die Währungsfragen beantwortet werden. Vor den richtigen Antworten gilt es aber erst einmal, die richtigen Fragen zu formulieren. Ich denke, daß meine Anmerkungen und Fragen dabei den betreffenden Fachgremien in Ihrem hohen Hause eine Hilfestellung sein können. Ich sende Ihnen daher als Anlage:

„GLASNOST und PERESTROIKA in der WÄHRUNGSPOLITIK  
- Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und  
zu den Wirkungen der Poltitik der Deutschen Bundesbank“

Ich halte es für zweckmäßig, daß die betreffenden Fachausschüsse und Fraktionen gleichfalls Kopien dieses Schriftsatzes erhalten. Ich selber bin finanziell nicht in der Lage eine entsprechende Anzahl Kopien zu liefern und bitte daher, Ihrerseits die erforderliche Anzahl Kopien herstellen zu lassen.

Für eine Eingangsbestätigung und für einen Hinweis, wie das Präsidium mit dem Vorgang verfährt, wäre ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

Anlage: Schriftsatz Deutsche Bundesbank (Schreiben mit Anlagen)

Luxemburg, den 07.XII. 89-31893

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT  
WÄHRUNG UND INDUSTRIEPOLITIK

- Sekretariat -  
HHE/chj

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3

D-3057 Neustadt a. Rbg. 1

Sehr geehrter Herr Abromeit,  
hiermit danke ich Ihnen für die Übersendung der Unterlagen zur Währungspolitik, die das Präsidium zuständigkeitshalber an unser Sekretariat weitergeleitet hat.

Sobald der Ausschuß für Wirtschaft, Währung einen Berichterstatter zu den Fragen der europäischen Währungsintegration ernannt haben wird, wird ihn das Sekretariat auf die von Ihnen übersandte Dokumentation aufmerksam machen.

Mit freundlichen Grüßen

K. PEDERSEN

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
D 3057 Neustadt I

15. November 1989

Herrn  
Prof. Dr. Marjan Senjur  
Ziherlova 6

61000 Ljubijana  
Jugoslavien

Sehr geehrter Herr Dr. Senjur,

wir haben uns auf der Tagung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft am 14. / 15. Oktober in Hannoversch Münden kennengelernt. Ich bin der Graubart, der Ihnen die Zusendung einer Kopie eines Schriftsatzes an die Deutsche Bundesbank angekündigt hat. Sie erhalten als Anlage von mir:

Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik  
Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und  
zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank

Da ich nur eine Anschrift in Jugoslavien bedienen kann, bitte ich Sie, für das Bundesparlament und für die Notenbank Kopien anzufertigen.

Als weitere Anlage sende ich Ihnen eine Kopie einer Denkschrift des ehemaligen Freiwirtschaftsbundes vom Mai 1948 mit dem Titel

„Die Indexwährung im Marshall-Plan“

Ich hoffe, meine Zusendung hilft Ihnen in Ihrer Arbeit weiter. Mit guten Erinnerungen an die gemeinsame Tagung verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

Anlagen

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
D 3057 Neustadt 1  
Bundesrepublik Deutschland

15. November 1989

Akademie der Wissenschaften  
z.Hd. Herrn Michail Bogatschew

M o s k a u  
UdSSR

Währungsverfassung / Währungspolitik  
Konvertibilität

Sehr geehrter Herr Bogatschew,

ich habe überlegt, an wem in der UdSSR ich eine Kopie meines Schreibens

Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik  
Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und  
zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank

senden könnte, ohne Gefahr zu laufen, daß die Blätter ungelesen in den Papierkorb wandern. Ein Freund sandte mir nun eine Pressenotiz zu, in der es heißt, daß die Akademie der Wissenschaften und das kalifornische Esalen Institute ein Preisausschreiben zur Konvertibilität des Rubels ausgeschrieben hätten. Mein Schreiben an die Deutsche Bundesbank mit den Anlagen hat ein weitergehendes Ziel. Immerhin habe ich durch das Preisausschreiben eine Kontaktanschrift erhalten und das ist ja auch etwas. Bitte bedenken Sie, daß die Informationen, die mein Schriftsatz bietet, ungewöhnlich und selten sind. Kollegen von Ihnen in anderen Institutionen könnten auch interessiert sein. Ich selber kann aus finanziellen Gründen keine weiteren Kopien senden.

Für eine kurze Eingangsbestätigung wäre ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

Anlagen

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
D 3057 Neustadt I  
BRD

15. November 1989

An das  
Nationale Parlament  
der Republik Ungarn  
Budapest  
Ungarn

Informationen über Währungspolitik  
für die Fachausschüsse des Parlamentes  
und für die betroffenen Fachministerien

Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht nur in Ungarn und den anderen sozialistischen Ländern, die dabei sind ihre politische und wirtschaftliche Umgestaltung vorzunehmen, gibt es immer wieder Probleme mit der Währung, sondern auch in den westlichen Ländern. Flexibel sind Unternehmen bei uns nur, wenn Umsatzeinbußen drohen und die Parteien bewegen sich nur, wenn die Wähler weglauen. Bei den Währungsproblemen handelt es sich aber um Fragen, die von den Wählermassen nicht verstanden werden und somit fast gar nicht bei ihren Wahlentscheidungen zum Tragen kommen.

Wie Sie aber sicher aus Ihrer eigenen Arbeit wissen, handelt es sich, von der gesellschaftlichen Bedeutung hergesehen, um Fragen erster Rangordnung. Ich habe nun versucht, mit einem Fragenkatalog unsere Notenbank aus der Reserve zu locken und den Parlamentariern in Bonn und Straßburg Hilfestellung bei der Formulierung eigener Fragen zu geben. Ob dieses Angebot angenommen wird und wie die Bundesbank reagiert weiß ich nicht. Ich denke aber, daß es im Zeitalter der Raumfahrt nicht angeht, Währungspolitik auf Ungewißheit aufzubauen und Reformen wie in Ungarn zu gefährden.

Als Anlage sende ich Ihnen einen Satz Fotokopien meines Schreibens:

"Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik  
Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung  
und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen  
Bundesbank" nebst Anlagen

Über eine Eingangsbestätigung würde ich mich freuen. Für Ihr begonnenes Werk wünsche ich Ihnen weiterhin Mut, Kraft und Weisheit.

Mit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

Anlagen

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

15. November 1989

Herrn  
Dr. Gernot Schneider  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
1000 Berlin 22

Sehr geehrter Dr. Schneider,  
wir haben uns im Oktober auf der Tagung der Sozialwissen-  
schaftlichen Gesellschaft in Hannoversch Münden kennenge-  
lernt. Ich bin der Graukopf, der Ihnen eine Kopie eines  
Schriftsatzes an die Deutsche Bundesbank avisierte.  
Ich denke, daß es gut wäre, wenn Ihre ehemaligen Kollegen in  
der DDR wie auch ihren heutigen hier in der BRD vom Inhalt  
der Ausführungen Kenntnis erhalten würden. Ich selber kann  
aber keine weiteren Kopien liefern.

Ich erinnere mich gerne an unsere gemeinsame Tagung. In die-  
sen Tagen werden sicher auch Sie hautnah die Vorgänge in der  
DDR und Gesamt-Berlin erlebt haben und erleben. Hoffnungs-  
volle Zeichen in einer bewegten Zeit.

Mit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

Anlagen

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

15. November 1989

Herrn  
Prof. Dr. Jerzy Pietrucha  
Fredry 81  
40-685 Katowice  
Polen

Sehr geehrter Herr Dr. Pietrucha,

wir haben uns auf der Tagung „Aufbruch und Wegsuche in den Ländern des Staatssozialismus“ der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft am 14. / 15. Oktober in Hannoversch Münden kennengelernt. Ich bin der Graukopf, der Ihnen versprach. Ihnen einen von mir gefertigten Schriftsatz an die Deutsche Bundesbank zuzusenden. Als Anlage erhalten Sie von mir:

Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik  
- Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu  
den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank

Ich kann leider keine weiteren Anschriften mit meinem Bundesbankschreiben bedienen. Ich würde mich freuen und es für zweckmäßig halten, wenn Sie für wichtige Leute und Institutionen, die sich mit Währungsfragen befassen, Kopien anfertigen lassen könnten.

Als weitere Anlage füge ich der Sendung noch Kopien zweier Denkschriften des Freiwirtschaftsbundes aus dem Jahre 1948 bei. Sie haben die Titel:

„Die Indexwährung im Marshall-Plan“  
und  
„Die neue soziale Ordnung“

Ich hoffe, daß der Besuch unseres Kanzlers und seiner Begleiter und auch die Ereignisse in der DDR unsere Völker näher bringen. Es gibt aber auch Dinge, die mir Sorge machen.

Die Frage ist: Was kostet die Aussöhnung zwischen der BRD und Polen einerseits und BRD und der DDR andererseits den „kleinen“ Leuten in der BRD. Diese müssen letztlich zahlen und das heißt mehr arbeiten oder weniger verbrauchen. Bei der Kosten-Einkommenssituation sieht es heute schon so aus, daß z.B. bei dem Sicherheitsstandard für das Auto gespart werden muß. Es heißt immer, die Bundesrepublik sei reich. Das stimmt - zumindest im Vergleich mit den osteuropäischen Staaten, übersehen wird nur, daß die Bundesrepublikaner in ihrer Gesamtheit nicht reich sind. Wir haben eben nicht eine optimale Einkommens- und Vermögensverteilung. Und aufgrund der Fehlleistungen der Ökonomen und Wirtschaftspolitiker, die auch noch gut für ihre Fehlleistung bezahlt werden, hat die BRD noch lange nicht ihr ökonomisches Optimum erreicht. Die Hoffnung, die ich hege, ist ja die - wie ich es schon mündlich zum Ausdruck gebracht habe -, daß der Westen - insbesondere die BRD als ihr Teil - durch den Wandel im Osten unter Wettbewerbsdruck gerät und dadurch die Erstarrung, die der Osten zur Zeit abschüttelt ebenfalls abstreifen kann.

Im übrigen bin ich überzeugt, daß die Entwicklung in Polen viel schneller und viel positiver verlaufen kann: 1. Wenn man es wirklich will und 2. wenn man vermeidbare Fehler unterläßt. Wichtig ist dabei, daß man weiß, was man tut, und daß die Bevölkerung ausführlich über jede Maßnahme und ihre Wirkungen informiert wird. Mit „Propaganda“ kann man Ihren Landsleuten ja wohl nicht mehr abspeisen.

Wir in der BRD haben überall dort Schwierigkeiten in der Sozialökonomie, wo marktwirtschaftliche Prinzipien mißachtet wurden bzw. werden. Die Folgen sollen dann jedesmal mit „Politik“ beseitigt werden. Die Ergebnisse sind dann: Noch mehr Probleme. Und es ist ein schlechter Trost, daß sich letztlich parteipolitisches Taktieren, praxisferne Theorie und die Abwesenheit von wirklicher Freiheit in der theoretischen und politischen Ökonomie doch nicht auszahlt.

In der wirtschaftlich-finanziellen Lage, in der sich Polen befindet, ist es nur verständlich, daß überlegt wird, wo und wofür man noch Geld auf treiben kann.

Von Vertretern der Kirche und der Politik in Polen werden zivilrechtliche Ansprüche von den ehemaligen Zwangsarbeitern im Deutschen Reich geltend gemacht. Das Leid dieser Leute geht mir durchaus nahe, aber nicht nur wenn es sich um Polen handelt. Jeder Mensch, der durch irgendeine Staatsmaschinerie oder durch hysterische Massen um sein Lehensglück betrogen wurde oder gar sterben mußte, ist zu bedauern. Ich habe am letzten Sonntag bei einem Spaziergang im Wald, der hier in der Nähe liegt, einen „Russenfriedhof“ besucht. Ich denke dort liegen auch Menschen, die im Zusammenhang mit Zwangsarbeit ihr Leben verloren haben. Und doch halte ich die aufkommenden Forderungen aus Polen bezüglich der Entschädigung von Zwangsarbeitern durch die BRD nicht für klug und auch nicht für gerecht. Im Grunde ist die Forderung auch unlogisch. Bezüglich der Grenzen soll das alte Deutsche Reich nicht mehr gelten, wenn es um die Eintreibung von Forderungen geht, dann ist die BRD plötzlich anerkannter Rechtsnachfolger. Wenn nun die aus den ehemals deutschen Gebieten Vertriebenen (die in Polen wohl Ausgesiedelten heißen) ebenfalls für ihr verlorenes Gut, für erfahrenes Leid und Verdienstausfall Forderungen gegenüber Polen geltend machen würden? Ich denke, daß dieser Weg nicht zur Aussöhnung führt und die Gefahr politischer Reaktionen in sich birgt, die wir doch gerade vermeiden wollen. Ich denke, daß den betroffenen Polen durch einen innerpolnischen Lastenausgleich geholfen werden muß, so wie man dieses auch bei uns für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Ausgebombten gemacht hat.

Nun wird auch gesagt, nicht die BRD als Staat soll zahlen, sondern die Unternehmen, bei denen die Polen damals beschäftigt waren. Ich halte auch hier die Geltendmachung von Rechten nicht für realistisch, denn ein Teil der Unternehmen hatten ihren Sitz im heutigen Polen, andere in der heutigen DDR, weitere sind nicht mehr existent und andere bestanden nach Kriegsende nur noch aus dem Firmenmantel. Es gibt sicher bei uns große Unternehmen, die wesentliche Substanz über das Kriegsende und über die Währungsreform hinaus retten konnten. Aber kann man einzelne Unternehmen stellvertretend für alle zur Kasse bitten? Muß man ihre Zahlungen nach Ihrer Leistungsfähigkeit von heute oder nach dem Stande am Kriegsende bemessen, sollen nur direkt Betroffene davon „profitieren“ oder auch Erben.?

Die neue politische Kraft beklagt sich zu recht, daß sie doch nicht die alten Schulden verursacht hat. (Es ist zu fragen, ob es nicht sinnvoll ist, auch für die Staaten das Rechtsinstitut des Konkurses offiziell einzuführen. Eine andere Frage ist, ob den Gläubigern statt der Tilgung und den Zinszahlungen die Pfänder angeboten werden können . )

Das Geld, das heute für Zahlungen aller Art in der BRD aufgebracht werden muß, wird in der großen Mehrheit von Menschen erarbeitet, die erst nach dem Krieg ins Arbeitsleben eingetreten sind. Auch hier wird berechtigt gefragt, was haben wir mit Hitler und den Krieg zu tun. Im übrigen ist eine Freundschaft, die man sich erkaufen muß, nicht viel wert.

Nun würden Zahlungen für die Folgen des Naziterros in Richtung Polen ja nicht so wirken, wie sie in Richtung Israel gewirkt haben, nämlich die Unterdrückung eines weiteren Volkes - nämlich jenes der Palästinenser – verstärkend.

In der BRD gibt es auch Befürworter für Entschädigungen an polnische Nazi-Opfer. Doch im Regelfall haben diese Leute die Vorstellung, daß andere - nur sie selbst nicht - zahlen sollen. Auch gibt es viele Einzelpersonen und Gruppen, die sich für leidende Menschen in Asien, Afrika oder Südamerika verantwortlich fühlen. Wenn nun alle mögliche Hilfe in Richtung Osten fließt, bleibt für den großen Süden nichts übrig.

Aber trotzdem sollte jeder, der aus eigenem Vermögen oder Einkommen polnische Menschen, die unter dem Naziregimes gelitten haben oder heute aus anderen Gründen leiden, helfen möchte, in seinem Vorhaben bestärkt werden. Am schönsten ist die Hilfe, wenn sich zwischen dem Geber und Nehmer ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt.

Aber auch die Einrichtung eines Hilfsfonds für polnische Menschen, nicht für den polnischen Staat (der dadurch auch nicht aus seinen Verpflichtungen entlassen werden darf), der aus Spenden von Einzelpersonen, Gruppen und Unternehmen gespeist wird, kann ein verstärkender Impuls für eine Polenhilfe sein. Und wenn die hier von den Politikern Biedenkopf und Leber vorgeschlagene „Solidaritätsstiftung“ tatsächlich zu stande kommt, dann sollten die Stifter oder Spender jährlich neu bestimmen können, welches Land nutzen von seiner Hilfe haben soll.

Ich habe keinen Grund, Hitler und die Folgen in irgendeiner Weise zu verharmlosen. Mich stört aber doch, daß bei uns und auch in Polen gesagt wird, die heutigen Realitäten sind das Ergebnis der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 oder des Überfalls auf Polen 1939. Das Unglück oder das Unrecht begann früher, nämlich als alle Demokraten in Europa und den USA, also auch in Polen ihrer politischen Verantwortung nicht gerecht wurden und ökonomische Verhältnisse entstehen ließen, auf dem Nationalismus und Totalitarismus erst entstehen konnte. Die ökonomischen Schreckgespenster von damals geistern auch heute noch in der Welt umher. Die Gespenster zu bannen, ist z. B. das Anliegen meines Schreibens an die Deutsche Bundesbank.

Ich denke gerne an unsere Begegnung in Hannoversch Münden und bedauere, daß ich nicht in der Lage bin, daß in Hannoversch Münden angefangene Gespräch in Ihrem Wirkungsbereich in Polen fortzusetzen.

In der Hoffnung, daß meine Sendung bei Ihnen ankommt, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

Anlagen

N.S.

Eine Kopie dieses Schreibens sende ich an unsere Bundestagspräsidentin Frau Prof. Rita Süßmuth. / Sie können mein Schreiben öffentlich verwenden.

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
D 3057 Neustadt I  
BRD

15. November 1989

Antikriegsmuseum / Friedensbibliothek  
- Bartholomäuskirche DDR-Berlin -  
per Adr. Jochen Schmidt  
Rykestraße 8  
DDR 1055 Berlin

Mitteilung an den StaSi der DDR für den Fall, daß er vor dem Empfänger dieser Post die Sendung öffnet:

1. Bringt die Unterlagen nicht durcheinander !
2. Macht genügend Kopien für betroffene Hochschulen und Staatsorgane!
3. Gebt die Post vollständig und schnell an dem Empfänger weiter!

Währungsfragen = Friedensfragen

Sehr geehrte Freunde des Friedens,

seit Mitte der 50 Jahre habe ich Kontakt zu Friedensgruppen hier in der BRD. Ich denke die Friedensbewegung bei uns hätte viel früher viel größer sein können, wenn die pazifistischen Freunde der Ökonomie tiefer auf den Grund gegangen wären. Sie hätten dann z.B. nicht die Marktwirtschaft für etwas verantwortlich machen müssen, was der Kapitalismus verursacht.

Die Menschen wollten und wollen aber die eindeutigen Vorteile der Marktwirtschaft, die diese gegenüber der Zentralverwaltungswirtschaft hat. Da die meisten Friedensfreunde bei uns im Marxismus befangen waren, konnten sie den Widerspruch zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus einerseits und den Zusammenklang Marktwirtschaft und Sozialismus im Sinne von individueller Freiheit und Abwesenheit von Ausbeutung nicht vermitteln. Die Menschen haben sich als Wähler mehrheitlich dann immer für Kapitalismus (mit Rüstung) entschlossen, wenn sie Marktwirtschaft meinten.

Aber auch die Linken, die sich nicht als Pazifisten verstanden, waren in diesem Zusammenhang genausowenig lernfähig wie die Konservativen. Die Veränderungen bei unseren östlichen Nachbarn - besonders deutlich seit dem letzten Wochenende auch in der DDR - sind daher durchaus auch eine politische Morgenröte für uns in der BRD. Die Menschen in den sozialistischen Ländern haben eben lange genug praktische Erfahrungen mit der Zentralverwaltungswirtschaft gemacht, um noch in dieser Richtung Hoffnungen hegen zu können. Wenn die Medien richtig berichten, bestehen in der DDR aber durchaus noch Erwartungen in Richtung Sozialismus. Dabei ist es sicher bei Ihnen genauso wie bei uns: Der Begriff „Sozialismus“ ist so belastet, daß er nicht mehr ohne große Erläuterungen verwendbar ist. Wenn aber begriffen wird, daß Zentralverwaltungswirtschaft und Parteienherrschaft genauso im Widerspruch zum Sozialismus stehen wie Kapitalismus zur Marktwirtschaft, dann kann es durchaus eine Renaissance geben für den Begriff Sozialismus. Die CDU hat einmal bei uns die Wahlkampfparole ausgegeben: Freiheit statt Sozialismus. Freiheit und Sozialismus ist eine Möglichkeit der Zukunft, wenn die Länder des Umbruchs ihre politische Prüfung gut bestehen.

Freiheit und Sozialismus sind aber nicht beliebig erreichbar. Es mag ja anmaßend klingen, wenn ich sage, die Informationen, die ich diesem Brief beifüge, weisen auf den richtigen Weg hin. Es ist aber nicht anmaßend gemeint. Freunde von mir, die sich bei Marx besser auskennen als ich, sagen, daß die Richtung, wohin der Weg führen muß, auch von Marx beschrieben wird, aber von den Marxisten aufgrund ideologischer Befangenheit nicht entdeckt werden kann. Ich sage das, weil ich meine, daß jenen, die aufrichtig und ehrlich auf den Marxismus gesetzt haben, eine Brücke gebaut werden sollte, auf der sie aufrechten Ganges in die neuen Zeiten gehen können.

Ich habe einen Ausschnitt aus einer Fernsehsendung gesehen, die eine Diskussion über Währungsfragen der Hochschule für Ökonomie brachte. (In diesen Tagen weiß man schon nicht mehr, ob man im West- oder Ostfernsehen zugeschaut hat.) Nach meinem Urteil waren neben realistischen Einschätzungen auch solche zu hören, die von ideologisch geprägter Hilflosigkeit zeugten. Es wurde z.B. die Einführung von Bezugsscheinen gefordert, damit Berlin Ost nicht von Berlin West aufgekauft wird. Dies scheint mir eine der schlechtesten Lösungen zu sein. Die wirklichen Lösungen sind relativ einfach. Es dürfte für DDR-Ökonomen (wie für die Bürger allgemein) nach der auch geistigen Gefangenschaft keine Schande sein, sich beraten zu lassen und zwar von Leuten unterschiedlicher Ökonomieschulen: a) Um Widersprüche in den Ratschlägen besser aufdecken zu können und b) damit tatsächliche oder eingebildete Manipulation ausgeschlossen wird.

Das beigefügte Schreiben

Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik  
Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung  
und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen  
Bundesbank (nebst Anlagen)

ist nicht im Hinblick auf die spezielle Entwicklung in der DDR produziert worden. Ich habe beim Abfassen aber neben dem eigentlichen Adressaten, der Bundesbank, immer auch an die Menschen in den Ländern des Umbruchs gedacht.

Ich bitte den Schriftsatz möglichst bald den Mitgliedern des Neuen Forums, der Vereinigung Demokratie jetzt, der Volkskammer, der DDR-Notenbank und auch dem StaSi – falls der sich interessiert \*) - bekannt zu machen. Ich selber bin leider nicht in der Lage weitere Kopie-Sätze zu finanzieren.

(Auch das gibt es in der BRD.)

Ich bitte um eine kurze Eingangsbestätigung und um die Anschriften vom Neuen Forum und Demokratie jetzt und anderen Oppositionsgruppen, weil ich den Menschen, die dort mitwirken, noch einen gesonderten Brief schreiben möchte.

Wie erreicht man die Basis der SED?

Mit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

Anlagen

\*) Ich selber denke, daß man eine neue Gesellschaft nicht erschleichen kann. Das, was ich zu sagen habe, kann jeder mitlesen. Am Schluß des Schreibens kam mir doch Zweifel, ob die Geheimdienste (ich meine auch jene der BRD) ihrer Nase aus Postvorgänge, die nicht für sie bestimmt sind, raushalten können. Daher habe ich oben den eingerahmten Hinweis angebracht.

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

18. 11. 1989

An die Freunde:  
Helmut Creutz, Josef Hüwe, Werner Onken, Georg Otto,  
Elimar Rosenbohm und Wilhelm Schmülling

Wenn Ihr diese Post erhaltet, ist mein Bundesbankschrieb endlich auf dem Postweg. Bei Wilhelm Schmülling bedanke ich mich für 10 Satz Kopien der Buchgelddiskussion. Georg Otto danke ich für die DM 100, die er überweisen will und die wenigsten einen Teil der Auslagen deckt. Elimar Rosenbohm und Helmut Creutz danke ich für die zugesandten Unterlagen.

Unter meinen Bedingungen macht das Arbeiten am Thema Freiwirtschaft aber keinen Spaß, sondern krank. Einen Menschen zum Korrekturlesen habe ich nicht gefunden. Ich rechne also mit Fehler im Text.

Helmut und Josef Euch beiden sende ich je ein Exemplar von  
„Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik  
- Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und  
zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank“  
+ Anhang + gebündelte und sortierte Anlagen I bis IV.

Weiter füge ich Kopien folgender Anschreiben bei:

- Antikriegsmuseum / Friedensbibliothek, Berlin Ost
- Nationalparlament Ungarn
- Prof. Pietrucha, Polen
- Bundesbank (gesonderdes Anschreiben)
- Bundestagspräsidium, Bonn
- Europaparlament, Straßburg
- Prof. Senjur, Jugoslavien
- Dr. Schneider, Berlin West
- Akademie der Wissenschaften, Moskau

Helmut, Dich bitte ich den Schriftsatz weiter an Werner für die Bibliothek zu senden und Josef, Dich bitte ich die Sendung nach durchsieht weiter an Georg Otto zu senden. Wenn Sie, Elimar Rosenbohm oder Sie, Wilhelm Schmülling Interesse an einen Satz Kopien haben, müssen Sie Helmut Creutz fragen, ob der welche anfertigen kann. Ich selber kann keine weiteren Kopien liefern.

Für den Fall, daß weitere Kopien angefertigt werden, bitte ich darum, nichts hinzuzufügen und nichts wegzulassen.

Ob die Mühe irgendwelche Wirkungen zeigt? Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß ich froh bin, wenn ich nach dem Kopieren die Post endlich in den Briefkasten stecken kann.

Es grüß Euch *Tristan*

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

25. März 1990

Herrn  
Dr. Wilhelm Nölling  
Präsident der Landeszentralbank  
der Freien und Hansestadt Hamburg  
Postfach  
2000 Hamburg

Grundlagen der Politik der Bundesbank  
Ihre Stellungnahme zur deutsch-deutschen Währungsunion

Sehr geehrter Dr. Nölling,

im Oktober 1989 habe ich einen langen Brief mit vielen Fragen unter dem Titel „Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik“ für den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank verfaßt. Da ich aus den Antworten der Bundesbank nicht entnehmen konnte, daß mein Schriftsatz mit Anlagen beim Zentralbankrat gelandet ist, wollte ich mich schon im Januar dieses Jahres an Sie wenden mit der Frage, ob Sie als Mitglied des Zentralbankrates Kenntnis von meinen Sorgen, die mich als aktiver Bürger bedrücken, erhalten haben. Aber irgendwann hört man auf zu fragen, wenn die Antworten ausbleiben, auch wenn man an Gemeinsamkeiten - wie in Ihrem Fall über die AWP - anzuknüpfen glaubt.

Nun hörte ich vor einigen Tagen bei der Küchenarbeit die Radio-Nachricht, daß der LZB-Präsident Nölling in Hamburg Bedenken gegen die Währungsunion, wie sie geplant ist, anmeldet. Diese Nachricht hat mir Mut gemacht, meine Ende Januar nichtgestellte Frage nachzuholen und obendrein weitere Fragen nachzuschieben, weil zwischen meinem Fragenkomplex vom Oktober '89 und dem politischen Vorhaben der Währungsunion durchaus ein Zusammenhang besteht.

Fragen:

1. Wurde der Zentralbankrat von meinen Schreiben vom Oktober '89 unterrichtet?
2. Liegt Ihre Kritik an der geplanten Währungsunion in Schriftform vor und kann ich diese zur Einsicht haben?
3. Die Art, wie die Währungsunion vorbereitet wird, halte ich für einen Frontalangriff auf die Demokratie und ich sehe gar keine Rechtsgrundlage für ihre Einführung. Befinde ich mich hier im Irrtum?
4. Der Bundesbankpräsident, Herr Pöhl, soll laut Nachrichtenmeldung geäußert haben, daß bei einer Umwandlung der auf DDR-Mark lautenden Guthaben (Forderungen gegenüber den Banken) in DMark im Verhältnis 1 : 1 auch die Schulden im Verhältnis 1 : 1 umgewandelt werden müßten. Kommt diese Einsicht dem Bundesbankpräsidenten wirklich erst jetzt?

Anmerkung: Ein DM-Schuldner würde sich sicher freuen, wenn er seine Schulden im Verhältnis 1 : 1 z.B. in dänische Kronen umtauschen könnte, er würde aber den Aufstand proben, wenn er plötzlich jede DMark Schuld mit einem Dollar tilgen müßte.

5. Nach der Währungsreform 1948 hat es einen Inflationsschub gegeben, weil man nicht einsehen wollte, daß die Preisbildung nur vom umlaufenden Bargeld abhängt (also nicht einmal von der gesamten Zentralbankgeldmenge), und daß es daher heute ein nicht verzeihlicher bodenloser Leicht- und Unsinn ist, von der Geldmenge M1 bei einer Umtauschaktion auszugehen, wenn dabei Sichteinlagen zusätzlich in Bargeld (aus der Notenpresse) ausgezahlt werden.

Werden diese Probleme wirklich nicht gesehen? Ludwig Erhard ging 1953 bei einer Ausweitung des Geltungsbereiches auf das DDR-Gebiet von Kopf und Betriebsquoten aus. (Siehe FAZ vom 17. März 1990, Seite 15)

6. In einem Gutachten, daß der Nieders. Ministerpräsident Dr. Albrecht anfertigen lassen hat, und das den Titel trägt „Sozialvertägliche Ausgestaltung der deutsch-deutschen Währungsunion“ zieht man zur Rechtfertigung des Umtauschverhältnisse von 1 : 1 unter anderem die jeweils von den beiden Zentralbanken ausgegebenen Bargeldmengen heran. Wenn aber nur die umlaufende Bargeldmenge und deren Umschlaghäufigkeit preisbestimmend sind, dann müßte man doch von diesen Größen ausgehen. Sind die Größen „umlaufend Bargeldmenge“ hüben wie drüben bekannt?

Ich denke, ich habe genug Fragen gestellt. Die Anlagen machen die Sendung zu einem Paket. Die Ausarbeitungen „Darauf kommt es an“ I und II sind zur Erhellung meiner Argumentationslinie gedacht. Wenn Sie interessiert sind, kann ich Ihnen noch Kopien zweier Denkschriften vom Mai und Oktober 1948 senden. Die eine trägt den Titel „Die Indexwährung im Marshall-Plan“, die andere „Die neue soziale Ordnung“.

Ich hoffe, daß Sie einen Gewinn aus meinen Bemühungen haben.

Mit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

Anlagen:

- a) Briefwechsel mit der Bundesbank
- b) „Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik“
- c) „Darauf kommt es an!“
- d) „Darauf kommt es an! - Ergänzungen“

Anmerkung vom April 2004:

Herr Dr. Nölling (Ex-MdB, Ex-Senator, Professor) hat mir mit Schreiben vom 2. 5. 1990 (noch als LZB-Präsident) ein Paket Unterlagen zugesandt. „Sie sehen, daß ich zumindest teilweise Ihre Bedenken teile.“ W. Nölling wurde, als ich 1964 / 66 an der Akademie für Wirtschaft und Politik studierte, Assistent bei Professor Hummel. In den 18. Mündener Gesprächen (4./5. Nov. 1995) wo er über das künftige Verhältnis der Europäischen Zentralbank zur Deutschen Bundesbank referierte, haben wir uns nach 29 Jahren wieder gesehen.